



Engagement ja, aber freiwillig

Seit die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde und damit auch der Zivildienst, gibt es in Deutschland nur Freiwilligendienste.

FOTO: PATRICK PLEUL

VON TIMO THALMANN

Uwe Wrede kennt das schon. „Das Thema haben wir eigentlich jedes Jahr im Sommer“, kommentiert der stellvertretende Leiter der Abteilung Jugendfreiwilligendienste des Sozialen Friedensdienstes (SFD) in Bremen die aktuelle Diskussion um ein soziales Pflichtjahr. In diesem Jahr sei der Streit nur etwas ausgeprägter.

Mit Pandemie und Ukraine-Krieg stellen sich die Fragen nach gesellschaftlichen Pflichten wohl etwas nachdrücklicher, vermutet Wrede. Nicht zuletzt habe dieses Mal außerdem das Staatsoberhaupt die Debatte angestoßen. „Es geht

um die Frage, ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen“, hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ gesagt.

Seit die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde und damit auch der Zivildienst, gibt es in Deutschland nur noch Freiwilligendienste: für junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den Internationalen Jugendfreiwilligendienst. Daneben gibt es den Bundesfreiwilligendienst für Menschen jeden Alters. Momentan leisten annähernd 100.000 Menschen einen Jugend- oder Bundesfreiwilligendienst –

überwiegend sind das junge Leute.

Beim SFD sind knapp 250 Freiwillige untergekommen, dieser ist damit in Bremen der größte Träger für solch ein freiwilliges Engagement. Bis 2011 waren auch hier vornehmlich Zivildienstleistende tätig. Ob man – unabhängig von konkreten politischen Plänen einer Bundesregierung – als Anbieter der Stellen dahin überhaupt wieder zurück möchte, ist laut Wrede noch offen. „Wir sind da in der Meinungsbildung“, sagt der Pädagoge, lässt aber durchblicken, dass er persönlich ein solches Projekt eher skeptisch sieht. Die Forderung an die jungen Menschen sei das eine, das könne man unterschiedlich sehen. „Aber bei einem Pflichtjahr stellen sich noch weitere Fragen.

Man müsste alle jungen Leute erfassen und Verweigerer sanktionieren.“ Wrede erinnert daran, dass der Zivildienst nicht für sich geschaffen wurde, sondern als Folge der Wehrpflicht existierte. „Soll die auch wieder eingeführt werden?“

Beim SFD legt man Wert darauf, die Freiwilligen während ihres Dienstes umfassend zu begleiten. Es gibt regelmäßige Fortbildungen, Beratungen und den Erfahrungsaustausch untereinander. Das Jahr soll ein Gewinn für die Jugendlichen sein. Auf einem dieser Seminare war die Diskussion um das soziale Pflichtjahr ein großes Thema.

Drei Jugendliche haben im Anschluss daran ihre Meinung mit dem WESER-KURIER geteilt.

Ich finde es prinzipiell möglich, einen verpflichtenden Dienst für die Allgemeinheit einzufordern. Das dürfen Politik und Gesellschaft schon verlangen. Aber dann müssten sich die Rahmenbedingungen dafür auch zwingend ändern. Ich bekomme in meinem Freiwilligen kulturellen/politischen Jahr 50 Euro für meine Fahrtkosten, muss dafür aber jeden Tag von Delmenhorst nach Bremerhaven. Ohne das Neun-Euro-Ticket habe ich – oder besser: meine Eltern – 200 Euro pro Monat dafür gezahlt. So etwas kann man nicht ernsthaft zur Verpflichtung machen. Es wäre eigentlich viel besser, vor der Einführung eines Pflichtjahres solche Probleme zu lösen, dann finden sich vielleicht auch mehr Bewerber für die freiwilligen Dienste. Meine derzeitige Stelle wird beispielsweise mangels Bewerber im kommenden Jahr nicht fortgesetzt. Das ist schade, denn ich erkläre zum Beispiel alten Menschen, wie ein Smartphone funktioniert und erlebe dafür große Dankbarkeit. Ich schätze, dass sich mit einem Pflichtjahr die Rahmenbedingungen eher verbessern, weil so eine Verpflichtung natürlich nicht einseitig sein kann. Dann könnten auch die Anbieter langfristiger planen. Möglicherweise ist ein Pflichtjahr auch für viele Menschen eine Chance, mal etwas zu machen, was sie sonst nie gemacht hätten und davon persönlich profitieren. So geht es mir jedenfalls. Ich verstehe allerdings nicht, wieso das in der Diskussion automatisch ein Pflichtjahr für Jugendliche sein muss. Wenn der Staat das verordnet, wäre es ja auch später im Leben die Chance, mal etwas für andere zu tun, anstelle des gewohnten Jobs.

TESSA KATHARINA MORITZER (19)



FOTOS: KUHAUPT

Ein Pflichtdienst ist nach meiner Meinung ein zu großer Eingriff in die persönliche Selbstbestimmung. Man kann Engagement für die Gesellschaft nicht erzwingen. Und ich bin nicht mal sicher, ob eine Gemeinschaft diesen Dienst überhaupt prinzipiell verlangen kann. Wenn die Politik möchte, dass sich junge Leute zum Beispiel durch freiwillige Dienste für die Gemeinschaft einsetzen, dann muss sie für diese Dienste eben stärker werben. Ich habe zum Beispiel in der Schule nichts darüber erfahren, dass es die Möglichkeit eines Freiwilligen Ökologischen Jahres gibt. Ich mache damit gerade eine sehr schöne Erfahrung, die mich auch persönlich voranbringt. Ich erlebe das zugleich als großes Privileg, denn von dem bisschen Taschengeld, das dabei gezahlt wird, kann man kaum die Fahrtkosten finanzieren. Das können also momentan nur Jugendliche aus entsprechenden Elternhäusern. Daher glaube ich auch, dass das immer nur auf freiwilliger Basis passieren kann. Gerade verkürze ich außerdem meine Zeit um einen Monat, weil das sonst mit dem Umzug in eine andere Stadt und dem Studienbeginn nicht funktioniert. Dann würde ich ein ganzes Semester verlieren. Das geht auch nur, weil es freiwillig ist und die Dauer nicht vorgeschrieben ist. Ein Pflichtdienst hat zudem immer diesen Beigeschmack, irgendwo als billige Arbeitskraft eine Lücke zu schließen, denn irgendwie geht die Diskussion ja immer dahin, dass so ein Dienst im sozialen Bereich oder der Pflege stattfinden soll; also genau die Arbeitsfelder, in denen es Mangel gibt. Wenn einem das nicht liegt, hat doch niemand etwas von dem erzwungenen Engagement.

LARA KRISTIN LENZ (21)

Grunderfindlich finde ich es richtig, sich für etwas zu engagieren, etwas für die Allgemeinheit zu tun. Mit meinem Freiwilligen ökologischen Jahr mache ich persönlich das ja auch. Aber eine Dienstpflicht wird nicht weiterhelfen. Die Gesellschaft und die Politik kann Engagement nicht einfach einfordern, sondern muss so gut und attraktiv sein, dass man Lust bekommt, etwas für die Allgemeinheit zu tun, sozusagen etwas zurückzugeben, wie es immer heißt. Ich finde es auch schwierig, dass bei dieser Diskussion sehr häufig so getan wird, dass junge Menschen an nichts interessiert seien und nur auf ihr Handy starren würden. Wer engagiert sich denn in der Klimabewegung? Oder für Frauenrechte und Gleichberechtigung? Das sind doch hauptsächlich Jugendliche. Wir wollen doch ganz viel voranbringen, die Gesellschaft verbessern. Das könnte man ja auch mal zur Kenntnis nehmen und als Engagement für die Allgemeinheit würdigen. Stattdessen soll eine Dienstpflicht verordnet werden, die dazu führen könnte, dass man sich plötzlich an Stellen wiederfindet, an denen man nichts beitragen kann. Jeder hat doch andere Stärken. Was bringt es denn, wenn jemand plötzlich mit Kindern arbeiten soll oder in der Pflege, aber genau weiß, dass ihm oder ihr das nicht liegt? Da hat der Einzelne nichts von, nicht diejenigen, um man sich kümmern soll und die Allgemeinheit auch nicht. Außerdem gibt es ja auch Jugendliche, die einen sehr genauen Plan haben, was sie im Leben machen möchten. Eine Dienstpflicht nach der Schule würde sie doch nur ausbremsen. Vom persönlichen Problem damit mal abgesehen: Das ist doch auch nicht im Sinne der Gesellschaft.

DOROTHEA LÄTZEL (19)

